

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

01539/2018

Zeit für Alternativen – Vorhaben Videoüberwachung Marienplatz einstellen

Beschlüsse:

28.01.2019	Stadtvertretung
040/StV/2019	40. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13.

2.

Es liegt folgender Ersetzungsantrag der Mitglieder der Stadtvertretung (AfD) Petra Federau, Dirk Lerche, Dr. Hagen Brauer vom 21.01.2019 vor:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich - unabhängig von der laufenden Testphase der Videoüberwachung - mit dem Innenministerium über die Möglichkeit der Einrichtung einer Wache am Marienplatz zu verständigen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei drei Dafürstimmen und drei Stimmenthaltungen abgelehnt

3.

Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Manfred Strauß beantragt im Rahmen der Aussprache gemäß § 11 Abs. 4 h der Geschäftsordnung der Stadtvertretung „Schluss der Aussprache“. Die Mitglieder der Stadtvertretung erheben keinen Widerspruch.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt:

- Die Beschlussfassung zu Punkt 1 der Drucksache 00882/2016 wird aufgehoben. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich mit dem Innenministerium bezüglich möglicher Alternativen zur Videoüberwachung, z.B. durch die Einrichtung einer Wache am Marienplatz zu verständigen.

- Darüber hinaus soll er die im Zuge der bisherigen Entwicklung entstandenen Kosten darstellen und zu den im Punkt 2 der Drucksache 00882/2016 beschlossenen Maßnahmen, wie dem Einsatz von Straßensozialarbeitern und der verstärkten Präsenz von KOD Mitarbeitern und den dadurch erzielten Effekten berichten.

Beschluss:

Die Stadtvertretung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

bei 13 Dafür-, 21 Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt